„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 08/2018**

25. Jahrgang **45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 2018**

Amtsantritt von Mike Schubert

Mit einer seiner ersten Amtshandlungen erfüllt der neue Oberbürgermeister eine alte Forderung DER LINKEN

Die Stadtverordnetenversammlung am 05. Dezember 2018 war nicht nur die letzte des Jahres, sondern auch die erste unter dem neu gewählten Oberbürgermeister Mike Schubert. In seinem ersten Bericht erläuterte Schubert sein ambitioniertes Programm für eine umfangreiche Umstrukturierung der Potsdamer Stadtverwaltung. Kurz nach seinem Wahlsieg war öffentlich geworden, dass der Krankenstand unter den Mitarbeitenden in der Verwaltung extrem hoch sei. Schubert setzt daher darauf, mehr qualifiziertes Personal einzustellen und auch vermehrt an den Potsdamer Hochschulen um Fachkräfte zu werben um die Arbeitsbedingungen für alle spürbar zu verbessern. Dabei solle, so Schubert, auf die Parität geachtet und ebensoviele Frauen wie Männer beschäftigt werden.



Auch einige umfangreiche Änderungen in den Geschäftsbereichen sieht der Oberbürgermeister vor, beispielsweise indem er die Fachbereiche Jugend, Bildung und Sport im Geschäftsbereich von Noosha Aubel zusammenlegt, um Synergien zu nutzen. Das ist ein unterstützenswertes Vorhaben, sagte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) in seiner Replik und betont, auch die Stadtverordneten seien von einer funktionierenden Verwaltung abhängig. Auch aus diesem Grund hält Scharfenberg eine Zusammenarbeit des Oberbürgermeisters, der die Organisationshoheit habe, mit den Fraktionen für sinnvoll und notwendig. Eine solche an vielen Stellen tiefgreifende Veränderung habe auch Einfluss auf die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und sollte daher mit ihr abgestimmt werden.

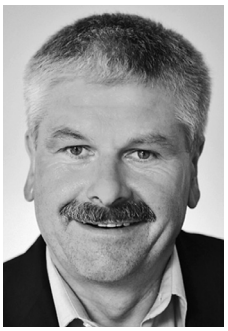
Erfreut zeigte sich Hans-Jürgen Scharfenberg über die Pläne Mike Schuberts für mehr Bürgerbeteiligung. Dies sei eine alte Forderung der Fraktion DIE LINKE, die mit unterschiedlichen Anträgen bereits mehrfach eingebracht hatte, nicht nur offen für die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu sein, die aktiv an die Verwaltung herangetragen werden, sondern selbst aktiv auf die Bevölkerung zuzugehen. Mit den von Schubert nun angekündigten Stadtteilkonferenzen, deren Durchführung DIE LINKE erst in diesem Jahr vorgeschlagen hatte, wird eine zentrale Forderung der Fraktion nach mehr Bürgerbeteiligung nun erfüllt. Die Organisation dieser Konferenzen und Einwohnerversammlungen braucht einen hohen Arbeitsaufwand, von daher ist in diesem Jahr mit einem abschließenden Konzept nicht mehr zu rechnen, doch schon im Januar soll eines vorgelegt werden. Potsdam gemeinsam gestalten, so sollte das Credo lauten und nun ist der Weg frei, es auch umzusetzen.

Mike Schubert hat ambitionierte Ankündigungen gemacht, die Fraktion DIE LINKE ist bereit, so Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, gemeinsam an der Umsetzung zu arbeiten, für ein handlungsfähiges, wachsendes Potsdam mit hoher Lebensqualität für jede Bürgerin und jeden Bürger.

Wir wünschen allen Potsdamerinnen und Potsdamern eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten, einen guten Start in das neue Jahr und ein friedliches 2019

Mit auf den Weg…

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



Die letzte Plenarsitzung in diesem Jahr war zugleich die erste Sitzung des neuen Oberbürgermeisters Mike Schubert. In seinem Bericht an die Stadtverordneten entwickelte er ein ambitioniertes, ehrgeiziges Programm. Dazu gehört eine neue Verwaltungsstruktur, wie wir sie mit der Verlagerung des Jugendamtes in den Bildungsbereich seit langem gefordert haben und eine personelle Verstärkung der Verwaltung. Mike Schubert will die Bürgerbeteiligung ausbauen, so mit den von der Linksfraktion durchgesetzten regelmäßigen Stadtteilkonferenzen, einem Bürgerbüro und Stadtteilspaziergängen. Er fühlt sich an das Mediationsergebnis zur Rückzahlung der Kitabeiträge gebunden und will zügig die Voraussetzungen zur Neubesetzung seines früheren Geschäftsbereiches schaffen. Die Linksfraktion wird OB Schubert an den selbst gesetzten Maßstäben messen und in einer kritisch-konstruktiven Zusammenarbeit begleiten. Erfreulich war der Erfolg der Bürgerinitiative zum Erhalt des Wäldchens in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Dass CDU und SPD ihren Antrag für Umwandlung in eine Sportfläche zurückzogen, war keine huldvolle Geste, sondern die Anerkennung des Drucks der BI sowie von Linken, Grünen und den Anderen.

Mit großer Mehrheit haben wir ohne Umweg die Aufstellung des B-Planes „Kleingartenanlage Angergrund“ beschlossen, um den Kleingärtnern den Rücken zu stärken. Bedauerlich ist dagegen die Verzögerung bei der Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale und bei der Erarbeitung von Vorschlägen zur sozialen Abfederung von erhöhten Energiepreisen. Wir lassen nicht locker.

Für Sie alle ein schönes Weihnachtsfest und die besten Wünsche für 2019!

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

+++ Potsdam wird „Sicherer Hafen“ +++ Künftig freier Eintritt ins Potsdam-Museum +++

Wortmeldung

Jann Jakobs geht, Mike Schubert kommt!

Am 27.11. ging eine Ära zu Ende, die Ära des Jann Jakobs. 16 Jahre lenkte er die Geschicke dieser Stadt. Damit war er der Oberbürgermeister, der seit 1990 am längsten im Amt war. Sein Einfluss auf die Politik prägte die Stadt. Er konnte Erfolge verzeichnen, aber auch Kontroversen blieben



nicht aus. Potsdam wuchs und wuchs und mit dem Wachstum kamen die Probleme. Noch heute fehlt es an bezahlbaren Wohnraum, für Schulen und Sportflächen werden Grundstücke gesucht, der ÖPNV muss attraktiver werden oder das Radwegenetz ausgebaut werden, um nur einige zu benennen. Es gibt noch viel zu tun für den Neuen an der Spitze der Verwaltung. Jann Jakobs hinterlässt eine gut aufgestellte Stadt. Dafür gebührt ihm unser Dank. Auch finanziell steht Potsdam gut da. Wir können uns freiwillige Aufgaben im kulturellen, sportlichen und soziokulturellen Bereich leisten. Das war nicht immer so. Es gab Zeiten, da haben wir uns kaputt gespart. Jetzt blicken wir ganz erwartungsvoll auf Mike Schubert. Das Leitmotiv seiner Amtseinführung am 28.11. lautete: „Der Lohn eines Amtes ist das Amt selbst". Mal sehen, was er daraus macht. Geben wir ihm mindestens die 100 Tage Zeit für erste Akzente. Lassen wir uns überraschen, ob Mike Schubert das Erbe Jann Jakobs weiterführt oder die Stadt neu erfindet. Lassen Sie uns gespannt sein und spätestens im Mai ein erstes Resümee ziehen.
Herzlichst Ihre
Birgit Müller

Fragen – Antworten

Auffahrunfälle im Baustellenbereich der Nuthestraße

André Noack (DIE LINKE.) fragt, was aktuell wohl viele Potsdamer BürgerInnen beschäftigt. An den Auffahrten zur Nuthestraße Höhe Friedrich-List-Straße besteht seit Längerem eine Baustelle, wodurch ein Unfallschwerpunkt entstanden ist. Noack fragt, wie hoch derzeit an dieser Stelle die Unfallzahl ist. Beigeordneter Herr Rubelt beantwortet die Frage wie folgt: Seit Einrichtung der Baustelle im Frühjahr haben sich stadtauswärts 47 Verkehrsunfälle ereignet. Die Polizei hat die Baustelle mittlerweile als Unfallschwerpunkt deklariert und an die Verkehrsunfallkommission weitergeleitet. Diese hat bereits Änderungen und Entschärfungen vorgenommen und wird den Verlauf weiter beobachten. Die Baustelle stadteinwärts ist nicht auffällig. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.), wann die Baustelle beendet sein wird, kann keine datumsgenaue Angabe gemacht werden. Herr Rubelt verspricht, die Beantwortung der Frage schriftlich nachzureichen.

Planungsstand der Wohnungstauschzentrale

Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.) fragt nach dem Stand der Einrichtung der Wohnungstauschzentrale. Der Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) beantwortet die Frage sehr unkonkret. Das Konzept für die Wohnungstauschzentrale sei fertig erarbeitet. Die Leistungen konnten aber noch nicht ausgeschrieben werden, weil die Vergabejuristen in der Verwaltung so viel zu tun hätten, sodass es derzeit kein Datum für die Eröffnung der Wohnungstauschzentrale gibt.

Bündnis soziales Wohnen

Hans- Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) fragt anschließend nach dem Stand der Gewinnung privater Wohnungsunternehmen für eine Mitarbeit im Bündnis für soziales Wohnen. Der Oberbürgermeister antwortet, er stehe weiteren Projekten mit dem Bündnis für Wohnen offen gegenüber. Er wolle sich persönlich an die privaten Wohnungsunternehmen wenden und sie für die Mitarbeit im Bündnis gewinnen. Auf das Nachhaken von Hans-Jürgen Scharfenberg, dass ein entsprechender Beschluss bereits vorliege, antwortet Herr Schubert, er wolle sich dazu gern schriftlich äußern. DIE LINKE erwartet dies und bleibt dran.

Barrierefreier Zugang zum Bankautomaten

Abschließend fragt Solveig Sudhoff (DIE LINKE), bis wann die Querungen über die Saarmunder Straße und damit gleichzeitig der Zugang zu den Bankautomaten der MBS über den Eingang Saarmunder Straße barrierefrei gestaltet werden. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung Bernd Rubelt beantwortet die Frage und sagt, dass es zur Verbesserung der Situation bereits Gespräche gegeben habe. Die Planungen beginnen Anfang 2019 und sollen im August oder September abgeschlossen werden.

Beschlossen

Tempo 30 auf dem Lerchensteig

Die Wiedervorlage zum Antrag, der Oberbürgermeister möge prüfen, wie auf der Straße Lerchensteig bis zur Fertigstellung der erforderlichen Fuß- und Radwege durchgängig zwischen Max- Eyth- Allee und Nedlitzer Straße ein Tempo 30 Bereich eingerichtet werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 zu berichten. Der Antrag ist unverändert beschlossen worden.

Kostenloser Eintritt ins Potsdam-Museum

Dr. Karin Schröter (DIE LINKE) hatte im November den Antrag eingebracht, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ab dem Jahr 2019 der Eintritt in die Dauerausstellung des Potsdam Museums für alle kostenlos ist. Mit der Ergänzung, es sei zu prüfen, ob die notwendigen Gelder zur Kompensation der Eintrittsgelder und die notwendigen Mittel für das Personal sichergestellt werden können, wurde der Antrag beschlossen.

Förderprogramme für Ateliers

Nach Beratung im Kulturausschuss wurde dem ebenfalls im November von Dr. Karin Schröter (DIE LINKE) eingebrachten Antrag zugestimmt zu prüfen, wie ein Förderprogramm für Ateliers von Künstlerinnen und Künstlern aufgelegt werden kann. Dazu sind entsprechende Kriterien zu erarbeiten. Einen Zwischenbericht zu diesem Prüfauftrag soll es im April, ein abschließendes Ergebnis im September 2019 geben.

Einführung von Mehrwegbechern

Mit großer Mehrheit bestätigten die Stadtverordneten einen vom Mathias Lack (DIE LINKE) im November begründeten Antrag, dass der Oberbürgermeister zu prüfen habe, bis wann die Einwegbecherverwendung durch ein Mehrwegbechersystem zu ersetzen ist oder geschlossene Stoffkreisläufe zur Wiederverwendung von Einwegbechern nachzuweisen sind. Die finanziellen Auswirkungen sind nachzuweisen und das Ganze in Kooperation mit der Initiative PotsPresso umzusetzen. Im Januar wird das Prüfergebnis erwartet.

Potsdamer Kinderstadtplan

Dr. Sigrid Müller (DIE LINKE) hatte im November für DIE LINKE die Sicherung der Finanzierung des Potsdamer Kinderstadtplanes „Hast'n Plan für 2019 und 2020 mit je 30.000 Euro gefordert. Für 20120/2021 möge der Oberbürgermeister einen Vorschlag unterbereiten, wie dieses Projekt dauerhaft finanziert werden soll. Der Antrag wurde als Prüfauftrag verabschiedet.

Überwiesen

B-Pläne für die Brandenburger Vorstadt

Ralf Jäkel (DIE LINKE) forderte in seinem Antrag die Stadtverwaltung auf, Bebauungspläne für die Brandenburger Vorstadt aufzustellen. Er begründet dies in der Einbringung des Antrags damit, dass ein hohes Risiko der unkontrollierten Verdichtung der Bestandsbebauung bestehe, dem durch die Stadtverordnetenversammlung begegnet werden müsse, da sich ein erheblicher Druck abzeichne, vor allem, was die immer geringer werdende Zahl von Parkmöglichkeiten und Grünflächen betrifft. Der Antrag wird mit großer Mehrheit zur weiteren Befassung in den Bauausschuss überwiesen.

Präventiver Umgang mit Kampfmittelberäumung

Stefan Wollenberg bringt für DIE LINKE den Antrag ein und erläutert, dass sich in der Baustelle am ehemaligen TRAM-Depot neben dem Humboldt Gymnasium schon jetzt noch 38 weitere Verdachtsstellen befinden, an denen Kampfmittel vermutet werden. Die Beräumung würde zusammengenommen etwa 2 Monate dauern, die auch in die Vorbereitungszeit der Schülerinnen und Schüler auf das Abitur fallen würden. Daher beantragt DIE LINKE zu prüfen, wie präventiv und strategisch mit dieser Frage umgegangen werden kann, um zusätzliche Ausfalltage an der Schule zu vermeiden. Nach einigen Diskussionen wird der Antrag in den KOUL sowie den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen.

Steigende Energiepreise für sozial Schwächere ausgleichen

Ab dem kommenden Jahr steigen auch in Potsdam die Preise für Strom, Gas und Fernwärme bei den kommunalen Stadtwerken. Wie Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) bei der Einbringung des Antrags betont, nicht auf Grund einer falschen Unternehmenspolitik der EWP, sondern durch steigende Preise auf dem Weltmarkt. Daher beantragt DIE LINKE, dass der Oberbürgermeister gemeinsam mit den Stadtwerken ein Konzept entwickeln möge, das es ermöglicht, die steigenden Preise für sozial bedürftigere Mitbürgerinnen und Mitbürger auszugleichen, um für sie eine zu starke Mehrbelastung durch höhere Wohnnebenkosten zu verhindern. Hans-Jürgen Scharfenberg macht deutlich, dass die kommunalen Unternehmen dieses Abfedern nicht aus eigener Kraft leisten könnten und die Verantwortung bei der Stadt liege. Er verwies dabei auf den im Leitbild der Stadt verankerten Grundsatz des sozialen Ausgleichs. Auf Antrag der SPD wird das Anliegen in den Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss überwiesen.

Nach Geschlechtern dargestellte Daten im Statistischen Jahresbericht

Die Stadtverordneten Janny Armbruster, Gesine Dannenberg, Birgit Eifler, Saskia Hüneke, Dr. Sigrid Müller, Ingeborg Naundorf, Dr. Karin Schröter, Jana Schulze, Katharina Tietz beantragen, dass im kommenden Statistischen Jahresbericht der Stadt Potsdam nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten veröffentlicht werden sollen. Daneben soll auf eine geschlechtssensible Sprache in den Berichten geachtet und die sprachliche Diskriminierung von Frauen und Menschen, die sich in anderen Formen der geschlechtlichen Zuschreibungen finden zu verhindern. Durch diese Aufschlüsselung werde deutlicher, welches Geld genau wo hin fließt und ob mehr Mittel für eine Gleichstellung der Geschlechter nötig wären. Der Antrag ist in den Hauptausschuss überweisen worden.

Potsdam ist jetzt „Sicherer Hafen" für Geflüchtete

In der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres stand ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne, LINKE und SPD auf der Tagesordnung. Mit diesem soll die Initiative „Seebrücke" in ihren Forderungen nach Solidarität mit Geflüchteten unterstützt werden. Jonas Hase, hielt als Vertreter der europaweiten Bewegung von Flüchtlingshelfer*innen ein emotionales Plädoyer dafür, dass „Menschen zu retten kein Verbrechen" sei, „sondern eine Pflicht!" Potsdam solle sich bereit erklären, zusätzlich weitere Geflüchtete freiwillig aufzunehmen und dies der Bundesregierung aktiv anbieten. Bundesweit haben sich bereits 27 Kommunen zu „Sicheren Häfen" erklärt.

Diese Solidaritätserklärung, so begründete die Fraktion DIE aNDERE ihren Ergänzungsantrag, sei allerdings lediglich eine Willensbekundung und noch längst keine Tat. Es sollten gesetzliche Grundlagen zur erleichterten Aufnahme von Flüchtlingen geschaffen werden. Auch solle Potsdam eine Patenschaft für eine Rettungsmission übernehmen und die dabei geretteten Flüchtlinge aufnehmen. Dieser Ergänzungsantrag griff beinahe sämtliche in Jonas Hases Redebeitrag angesprochenen Forderungen auf und wurde nun als erstes abgestimmt. Einige Stadtverordnete waren bereits gegangen, die Vertreter der AfD nicht mehr im Raum und so wurde mit den Stimmen der LINKEN., Grünen, DIE aNDERE und einigen SPD-Stadtverordneten der Ergänzungsantrag mit 21 Ja- und 19 Nein-Stimmen angenommen. Anschließend wurde der so geänderte Antrag der drei Fraktionen Grüne, LINKE. und SPD namentlich abgestimmt. Das Ergebnis: 31 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen. Auch der neue Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) stimmte wie alle Mitglieder der Fraktion DIE LINKE für die Solidaritätsbekundung. Die Stadtverordneten bekräftigten damit einmal mehr die klare Haltung unserer Stadt im Umgang mit Geflüchteten. Wer nach Potsdam kommt ist hier willkommen und findet Aufnahme und Unterstützung.
Mike Schubert erklärte im Anschluss an die Abstimmung, er wolle die Initiative „Sicherer Hafen" sowohl in der „AG Asyl" als auch im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe" aufgreifen und über konkrete Schritte zur Umsetzung beraten.

Was – wann – wo?



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr
07.; 14.; 21. und 28. Januar; 11. und 18. Februar 2019

46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Plenarsaal
30. Januar 2019, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live
03. Februar 2019, Beginn 10 Uhr
Club 91, Kastanienallee 22d, Stadtteil Potsdam West

Ausgabe des „Rathausreport" Nummer 01/2018
Stadthaus, Raum 3.107
08. bis12. Februar 2019 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen
08. und 09. Februar 2019
Mit der Ausgabe des „Rathausreport" und Informationen zu den Ergebnissen der 46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar 2019

Bürgersprechstunde Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender
Am 16. Januar 2019 von 17 Uhr bis 18 Uhr
Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/6005069
Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie den Rathausreport abonnieren möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende 2018 für die 4 Ausgaben 2019 VIER Briefmarken á 1,20 Euro an die Fraktion DIE LINKE.

Rathausreport live

Bürgerinitiative gefragte Gesprächspartnerin

Der Bürgertreff der Bürgerinitiative Waldstadt (BIWA) war auch an diesem 2. Advent gut besetzt. Schließlich stand auf der Einladung ein Thema, das die Waldstädter speziell im zu Ende gehenden Jahr beschäftigte: Der Schulstandort „Waldstadt Süd" – im Beamtendeutsch einfacher „B-Plan 142" genannt.
Was die interessierten Teilnehmer*innen vorher nicht wussten, denn es stand nicht in der Einladung, war, dass der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zum Termin die Kompetenz in der Sache eingeladen hatte, den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt Bernd Rubelt. Klar war auch, dass traditionell die Stadtverordneten der LINKEN aus dem Wahlkreis am politischen Frühschoppen teilnahmen. So die Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller und Solveig Sudhoff.



Im Gespräch in Waldstadt: Bernd Rubelt, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Dr. Sigrid Müller (v.l.n.r.).

Zunächst holte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg quasi zum verbalen „Rundumschlag" durch die 45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Dezember 2018 aus. Ganze 116 Tagesordnungspunkte waren in der Zeit von 15:00 bis 21:30 Uhr zu bewältigen. Die wichtigsten Inhalte sind im vorliegenden „Rathausreport" wiedergegeben. Dr. Scharfenberg hob besonders die Zusage des frisch gebackenen Oberbürgermeisters Mike Schubert (SPD) hervor, dass der vakante Posten des Beigeordneten im Bereich Soziales, Gesundheit und Ordnung in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden noch vor der Kommunalwahl im Mai 2019 besetzt werden wird. Dr. Scharfenberg unterstrich dabei, dass für die Beigeordneten-Funktion vor allem fachliches Können und persönliche Eignung und nicht das Parteibuch im Mittelpunkt stehen müsse. Die Wahl der Beigeordneten für Kultur und Bildung und des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Bernd Rubelt sind dafür gutes Beispiel. Und damit hatte Dr. Scharfenberg eine gute Überleitung zum Auftreten des Beigeordneten im zweiten Teil des Frühschoppens.
Rubelt informierte kurz über den beschlossenen Bebauungsplan „Angergrund" (Kleingartenverein in Babelsberg). „Der Investor wird nicht bauen können!" – so Bernd Rubelt. Zu den Maßnahmen des Investors gegen die Kleingärtner*innen kommentierte Dr. Scharfenberg: „Diese Reaktionen zeigen, wie brutal Investoren vorgehen können!"
Im Fall des Waldstädter B-Planes 142 gingen die Meinungen teilweise wie erwartet stark auseinander. Teilnehmer*innen, die der „Bürgerinitiative für Waldstadt" angehören, hoben vor allem eine nach ihrer Meinung drohende Umweltbelastung hervor. Weiter sei der Standort Waldstadt quasi „am Rande der Stadt". Letzteres bedeute für die Schüler*innen lange Wege. Die Schüler*innenzahlen seien zu hoch. Und schließlich würden die Sportstätten erhöhte Verkehrsbelastungen mit sich bringen, die schließlich die Lebensqualität mindern.
Der Beigeordnete Bernd Rubelt widersprach in einigen Punkten. Das geplante Gebiet sei keine Randlage. Man müsse auch die benachbarten Kommunen einrechnen. Eingriffe in die Natur würden minimiert. Und schließlich: Die Planung gehe im ersten Halbjahr 2019 weiter und die Bürgerinitiative sei darin ein gefragter Gesprächspartner.
Dr. Scharfenberg und Bernd Rubelt waren sich einig, dass auch in diesem Planungsprozess gegenseitiger Respekt wichtig sei. Schließlich gehe es um Verantwortung für unsere Stadt, so abschließend der LINKEN-Fraktionsvorsitzende. Und beim B-Plan 142 gebe es noch keine endgültigen Entscheidungen. Diese folgen im Ergebnis weiterer Prüfungen und Untersuchungen erst in einem halben Jahr.

-bm

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19
Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.